
Jahresbericht 2021

Rapport annuel 2021

Nr. 12 der Schriftenreihe der FDP.Die Liberalen
Herausgegeben vom Generalsekretariat,
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

Publication no 12 du Parti libéral-radical Suisse
Editée par le Secrétariat général,
Neuengasse 20, Case postale, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2021 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2021 du PLR ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur www.plr.ch sous la forme d'un document pdf.

1.	Rückkehr zur Normalität und neue Herausforderungen	4
1.1.	Corona-Pandemie	4
1.2.	Umwelt- und Klimapolitik	4
1.3.	Europapolitik	4
1.4.	Altersvorsorge	5
1.5.	Wirtschaftspolitik	5
1.6.	Wechsel im Präsidium / Generalsekretariat	5
1.7.	Ausblick 2022	6
2.	Assemblées des délégués	7
3.	Volksabstimmungen	9
4.	Kantonale Wahlen / Parteipräsidentenkonferenzen / Sekretärenkonferenzen	10
4.1.	Kantonale Wahlen	10
4.2.	Parteipräsidentenkonferenzen	10
4.3.	Sekretärenkonferenzen	11
5.	Digital und Multimedia	12
6.	Das parlamentarische Jahr 2021	13
6.1.	Frühlingsession - Session de printemps 01. März bis 19. März 2021	13
6.2.	Sondersession NR – Session spéciale du Conseil national 03. Mai bis 05. Mai 2021	15
6.3.	Sommersession – Session d’été 31. Mai bis 18. Juni 2021	17
6.4.	Herbstsession – Session d’automne 13. September bis 01. Oktober 2021	19
6.5.	Wintersession – Session d’hiver 29. November bis 17. Dezember 2021	23
7.	Nahestehende Organisationen	24
7.1.	FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz	24
7.2.	FDP.Die Liberalen Service Public	25
7.3.	FDP International	26
8.	Anhang – Annexe	27
8.1.	Anhang A – Annexe A	27
8.2.	Anhang B – Annexe B	27
8.3.	Anhang C – Annexe C	27
8.4.	Anhang D – Annexe D	28

Jahresbericht 2021

1. Rückkehr zur Normalität und neue Herausforderungen

Jon Fanzun, Generalsekretär FDP.Die Liberalen

Das zweite Pandemie-Jahr in Folge prägte auch die Schweizer Politik. Für die FDP war schon früh klar, dass der Impfstoff den besten Ausweg aus der Krise bot. Dementsprechend setzte sich die Partei für eine rasche Impfkampagne sowie die Einführung des Zertifikats ein. Diese Kombination sorgte dafür, dass sich die Einschränkungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Gesundheitssystem im Rahmen hielten. Neben dem Thema Corona konnte sich die FDP als konstruktive Kraft für eine sichere Altersvorsorge positionieren sowie wichtige wirtschaftspolitische Pflöcke einschlagen. Mit der Wahl von Parteipräsident Thierry Burkart und seinen vier Vizepräsidenten verfügt die FDP seit Oktober über eine neue Führungscrew, die mit Vorwärtsdrang und viel Engagement dem Freisinn zum Erfolg verhilft. Nichtsdestotrotz steht die FDP auch im Jahr 2022 vor grossen Herausforderungen, damit liberale Werte gewinnen.

1.1. Corona-Pandemie

Das Jahr 2021 war von der Corona-Pandemie geprägt. Doch nachdem im Jahr 2020 vieles unbekannt war und die starken Einschränkungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Verwerfungen führten, gab es im letzten Jahr neben Rückschlägen auch Lichtblicke. Allen voran die Impfung, die zusammen mit dem Zertifikat im Sommer zu einer gewissen Rückkehr zur Normalität führte. Bei Jahresbeginn 2021 lief das Pandemie-Management des Bundes und des zuständigen Bundesrates Alain Berset aber noch harzig. [Am 6. Januar 2021](#) forderte die FDP eine gezielte Planung, um die Bevölkerung zu impfen sowie verlässliche Impfkennzahlen und ein Impfzertifikat. Einen Monat später, am [3. Februar 2021](#), präsentierte die FDP einen [Aktionsplan](#) für die nächsten 100 Tage, der auf der Formel «schützen, entschädigen, impfen» basiert. Im März [kritisierte die FDP den Bundesrat](#), weil die Impf-Kampagne nur langsam Fahrt aufnahm und forderte eine bessere Impfstoffbeschaffung. Die Öffnungsschritte im April wurden von der [FDP begrüsst](#), allerdings hinkte das BAG den Forderungen aus dem FDP-Aktionsplan deutlich hinterher. Ein wichtiges Instrument bei den Öffnungen im Sommer war das Covid-Zertifikat, dessen rechtliche Grundlagen bereits in der Frühlingssession dank des [Engagements der FDP](#) gelegt wurden. Die mangelnde Impfquote sorgte im Spätsommer für steigende Hospitalisierungszahlen und führte zu einer Ausweitung der Zertifikatspflicht. Die FDP positionierte sich hierbei als [einzige Partei](#), die sich für ein Ende der Gratis-Tests einsetzte. Dieser Einsatz war zwar nicht erfolgreich, schärfte aber das Profil der Partei. Am [20. Oktober 2021](#) forderte die FDP vom Bundesrat ein Ausstiegsszenario mit klaren Kriterien. Als zum Jahresende die Spitäler wieder stärker belastet waren, [setzte sich die FDP](#) dafür ein, dass Geimpfte nicht benachteiligt werden und Booster-Impfungen beschleunigt wurden.

1.2. Umwelt- und Klimapolitik

Das erste Halbjahr 2021 stand zudem im Zeichen der Abstimmung über das revidierte CO₂-Gesetz. Die FDP setzte sich für ein Ja zur Vorlage ein. Das Stimmbvol lehnte das Gesetz am [13. Juni 2021](#) ab. Die FDP bedauerte, dass es der überparteilichen Allianz nicht gelungen ist, skeptische Wählerinnen und Wähler vom neuen CO₂-Gesetz zu überzeugen. Die FDP hat sich im Unterschied zu vielen anderen Parteien sowohl im Parlament wie auch im Abstimmungskampf für das CO₂-Gesetz starkgemacht. Am [19. November 2021](#) nahm die FDP ihre Verantwortung wahr und präsentierte ein liberales Konzept für die Neuauflage des CO₂-Gesetzes. Das neue Konzept trägt dazu bei, die Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens zu erfüllen. Der Fokus liegt dabei auf den Pfeilern Gebäude, Mobilität und Industrie. Das Konzept schafft die richtigen Anreize und verhindert neue Verbote und Bevormundungen.

Im [Januar 2021](#) lancierte die FDP das Projekt www.blueprints.ch. Blueprints versteht sich als Plattform, welche die verschiedenen Aktivitäten der parteiinternen- und externen relevanten Akteure im Bereich Klima und Umwelt zusammenbringt. Dabei leistet Blueprints einen Beitrag zur stärkeren Wahrnehmung der umweltpolitischen Positionen und Aktivitäten der Partei auf allen föderalen Ebenen. Im Frühjahr 2021 wurden sieben innovative und nachhaltige KMU porträtiert. Bis Ende August wurden fortlaufend kantonale Vorstösse und Aktionen sowie Testimonials von politischen Amtsträgern gesammelt und die Archivarbeiten vorangetrieben.

1.3. Europapolitik

Die Beendigung der Verhandlungen des Bundesrates mit der EU über das institutionelle Rahmenabkommen (InstA) war der prägendste Moment der Europapolitik im Jahr 2021. Die FDP nahm die Beendigung der Verhandlungen am [26. Mai 2021](#) mit Bedauern und Besorgnis zur Kenntnis.

Zu viele der involvierten Akteure haben zu lange an ihren Maximalforderungen festgehalten. Sie tragen die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen. Bereits [Mitte April](#) präsentierte die FDP einen 3-Säulen Aktionsplan. Dieser skizziert mögliche Massnahmen, um den bilateralen Weg zu sichern. Im Zentrum stehen dabei Massnahmen in Zusammenarbeit mit der EU, internationale Massnahmen unabhängig von der EU sowie ein innenpolitisches Fitnessprogramm.

Die Ankündigung des Bundesrats bald wieder Gespräche mit der EU aufzunehmen, wurde von der FDP begrüsst. Deshalb [unterstützte die FDP](#) im August auch die Freigabe des zweiten Schweizer Kohäsionsbeitrages. Damit bewies die Schweiz, dass sie ein verlässlicher Partner für Europa und ihre Mitgliedsstaaten bleibt. Dagegen lehnte die FDP [Ende November](#) die Forderung der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates ab, die den Kohäsionsbeitrag um eine knappe Milliarde Franken erhöhen wollte.

1.4. Altersvorsorge

Die Sicherung der Altersvorsorge gehört gemäss Umfragen zu den dringendsten Herausforderungen der Schweiz. Die FDP engagiert sich für nachhaltige Lösungen, damit auch künftige Generationen von sicheren Vorsorgeleistungen profitieren können. Im Jahr 2021 beriet das Parlament in mehreren Runden die Reform AHV21. Die FDP sprach sich [im März](#) für die Angleichung des Rentenalters mit Ausgleichmassnahmen sowie für eine moderate Mehrwertsteuererhöhung aus. Im Verlauf der Debatte [wehrte sich die FDP](#) gegen sachfremde Wünsche wie den Einsatz von Nationalbank-Reserven für die AHV. In der Wintersession gelang es schliesslich dank der bürgerlichen Zusammenarbeit die [Reform AHV21](#) zu verabschieden. Bedauerlich ist, dass SP und Grüne die ausgeglichene Minimalvorlage verbissen bekämpfen. Damit gefährden sie die Zukunft der AHV und verkennen die Realität. Die FDP wird in der Volksabstimmung im September 2022 entschlossen für ein Ja zur AHV-Reform kämpfen und hat die Koordination der Ja-Kampagne übernommen. Klar ist aber auch, dass die Reform nur ein kleiner Schritt ist. Langfristig braucht es zusätzliche Massnahmen. Konkrete Vorschläge haben die Jungfreisinnigen mit ihrer Renteninitiative eingebracht, die im Juli 2021 eingereicht wurde. Leider verkannte der Bundesrat die Dringlichkeit bei der Altersvorsorge und lehnte die Renteninitiative am [24. November](#) ab. Neben der Sanierung der AHV ist auch eine Reform der 2. Säule, der beruflichen Vorsorge, unumgänglich. Vor der Debatte in der Wintersession hat die [FDP klar gemacht](#), dass die Umverteilung gestoppt und die berufliche Vorsorge an die veränderten beruflichen Rahmenbedingungen angepasst werden muss.

1.5. Wirtschaftspolitik

China ist einer der wichtigsten Handelspartner der Schweiz ausserhalb Europas. Der Parteivorstand der FDP. Die Liberalen setzte sich daher intensiv mit den Beziehungen zwischen der Schweiz und China auseinander und verabschiedete im Februar 2021 die [FDP-China-Strategie](#) unter dem Titel «Selbstbewusste Offenheit mit klaren Grenzen. Die [Stempelsteuer](#) steht in einem modernen Steuersystem quer in der Landschaft. Im Parlament gelang es der FDP eine der drei Stempelsteuern (Emissionsabgabe) abzuschaffen. Damit wurde eine langjährige Forderung der FDP erfüllt. Nach dem Parlamentsentscheid ergriff Linksrün das Referendum und schliesslich lehnte die Stimmbevölkerung die Abschaffung der Stempelsteuer im Februar 2022 ab. Für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist dies kein gutes Zeichen. Die Herbstsession 2021 wartete mit einem Bündel wichtigen wirtschaftspolitischen Geschäften auf. Die FDP kämpfte vehement für ein umfassendes [Entlastungspaket](#) und konnte durchaus Erfolge erzielen. [Ein grosser Erfolg](#) war die Abschaffung der Industriezölle, womit ein jahrelanges Anliegen der FDP erfüllt wird. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat dem Ende der Industriezölle zu.

Einen weiteren wichtigen Sieg für ein jahrelanges Anliegen erzielte die FDP bei der Reform der Verrechnungssteuer. Das Parlament stimmte für die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen und der Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen. Ziel dieser Reform ist eine vereinfachte Finanzierung der Unternehmen in der Schweiz, die Stärkung des Schweizer Finanzplatzes und die Rückführung von ins Ausland verlagerten Aktivitäten, wodurch das Wirtschaftswachstum gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich im Herbst 2022 statt. Das Ansinnen eines einheitlichen Mehrwertsteuersatzes fand leider keine Mehrheit. Somit bleibt die Mehrwertsteuer ein kostspieliges Bürokratiemonster mit teils absurden Ausnahmen. Die FDP wird sich deshalb weiterhin für eine Vereinfachung der Mehrwertsteuer-Regelung einsetzen. Am [30. Juni 2021](#) äusserte sich die FDP zu den Plänen des Bundesrats, das Kredit- und Hypothekerverbot der Postfinance aufzuheben. Die Botschaft, die der Bundesrat verabschiedet hat, entspricht in der Stossrichtung der Forderung der FDP in der Vernehmlassung, die Aufhebung des Kredit- und Hypothekerverbots der PostFinance mit einer Privatisierung zu verbinden. Das eine kann nicht ohne das andere erfolgen. Ohne Privatisierung würde die PostFinance ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile, wie zum Beispiel Staatsgarantien, geniessen.

Im März 2021 lancierten die FDP Frauen die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung. Die FDP Schweiz unterstützt dieses Anliegen. Auch weil Vorstösse im Parlament bisher nicht fruchteten. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die vom Bundesrat präsentierte [Auslegeordnung](#) über verschiedene Umsetzungsvarianten der Individualbesteuerung.

1.6. Wechsel im Präsidium / Generalsekretariat

Am [14. Juni 2021](#) gab Parteipräsidentin Petra Gössi nach fünfeinhalb Jahren im Amt ihren Rücktritt per Oktober 2021 bekannt. Nach intensiven Jahren in der Politik wollte sich die Schwyzlerin vermehrt ihrem Beruf widmen. Am [2. Oktober 2021](#) wählten die Delegierten

der FDP. Die Liberalen Ständerat Thierry Burkart zum neuen Parteipräsidenten. Als seine vier Vizepräsidenten fungieren Ständerat Andrea Caroni als Bisheriger, Nationalrat Philippe Nantermod als Bisheriger, Ständerätin Johanna Gapany sowie Nationalrat Andri Silberschmidt als Neue.

Im September 2021 kündigte Generalsekretärin Fanny Noghero ihren Rücktritt per Ende 2021 an. Am [3. November 2021 wählte](#) die Parteipräsidentenkonferenz Dr. Jon Fanzun zum neuen Generalsekretär. Er hat sein Amt Anfang 2022 angetreten.

Im Generalsekretariat kam es auf Stufe Bereichsleiter zu einem Wechsel im Jahr 2021. Im Juli übernahm Roberto Ramphos die Position des Kampagnenleiters von Marcel Schuler, der sich selbständig gemacht hat.

1.7. Ausblick 2022

Das Jahr 2022 hält für die Schweiz und die FDP eine Vielzahl von Herausforderungen bereit. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Bedeutung einer konsequenten Sicherheitspolitik schonungslos vor Augen geführt. Die FDP hat das Thema Sicherheitspolitik bereits im Herbst 2021 zu einem Schwerpunktthema erklärt. Zum einen gilt es die Armee und namentlich die Luftwaffe zu modernisieren und die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge voranzutreiben. Zum anderen braucht die eine moderne Sicherheitspolitik und eine engere internationale Kooperation, namentlich mit der NATO.

Neben den unmittelbaren Herausforderungen des Ukraine-Krieges wird sich die FDP in diesem Jahr intensiv mit der künftigen Sicherung der Altersvorsorge befassen. Die Volksabstimmung über die Reform AHV21 ist die wohl wichtigste Abstimmung der Legislatur. Die FDP wird sich mit aller Kraft für diese Vorlage einsetzen. Daran wird sich zeigen, ob die Schweiz in diesem Bereich reformfähig ist. Zudem werden im Parlament die Massnahmen zur Modernisierung der beruflichen Vorsorge definiert. Auch in diesem Dossier wird sich die FDP für nachhaltig finanzierte Lösungen einsetzen.

Eine weitere Herausforderung betrifft die Europapolitik. Gesicherte bilaterale Beziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner sind für die FDP von zentraler Bedeutung. Dazu gehört auch die Teilnahme am Schengen-Abkommen, das bei der Frontex-Abstimmung im Mai auf dem Spiel steht. Für die FDP ist klar, dass nur ein Ja die Schweiz vor einem Schengen-Ausschluss und einer weiteren Verschlechterung der EU-Beziehungen bewahrt. Ein wichtiger Meilenstein für die FDP ist das neue Positionspapier zur Europapolitik, das im Frühling 2022 erarbeitet und am 25. 2022 den Delegierten vorgelegt werden wird.

2. Assemblées des délégués

Arnaud Bonvin, chef de la communication

L'année 2021 aura été une année « hybride » pour les Assemblées des délégués. Nous avons ainsi mené deux Assemblées en ligne et deux Assemblées des délégués en présentiel.

2.1.1. Berne, Assemblée des délégués en ligne (6 février 2021)

Les délégués PLR ont participé le 6 février à la première Assemblée en ligne de l'année. La présidente, Petra Gössi, a ouvert l'Assemblée en rappelant l'importance de la responsabilité individuelle et de la liberté, tout en appelant à s'engager pour que la Suisse reste une nation ouverte et tournée vers l'avenir. Le PLR Femme a également présenté son initiative populaire pour l'imposition individuelle. Nos deux conseillers fédéraux, Karin Keller-Sutter et Ignazio Cassis, ont également pris la parole. Malheureusement, en raison de problèmes techniques, les résultats des votes des délégués ont dû être reportés au lendemain. En effet, les délégués n'ont pas pu voter correctement sur les objets qui étaient à l'ordre du jour. Ainsi, afin que le processus soit juste et transparent, il a dès lors été décidé de leur permettre de voter en ligne sur tous les objets jusqu'au dimanche 7 février 17h00.

La demande de prendre position sur la loi contre le terrorisme et pas uniquement la CPP a été refusée (selon les statuts un résultat égal équivaut à un refus). Cependant, afin de permettre à tous les délégués de s'exprimer sur ce sujet, la direction du parti a décidé d'organiser une Assemblée des délégués extraordinaire pour traiter de cet objet.

Décisions de l'Assemblée des délégués :

- Loi Covid-19 : **310 oui** ; 55 non ; 13 abstentions
- Initiative « Pour une eau potable propre et une alimentation saine - Pas de subventions pour l'utilisation de pesticides et l'utilisation d'antibiotiques à titre prophylactique » : 165 oui ; **202 non** ; 11 abstentions
- Initiative « Pour une Suisse libre de pesticides de synthèse » : 52 oui ; **318 non** ; 8 abstentions
- Demande que les délégués puissent prendre position sur la loi contre le terrorisme et pas uniquement la Conférence des présidents de parti a obtenu le résultat suivant : 177 oui ; 177 non, et 25 abstentions.

[Revoir l'Assemblée](#)

2.1.2. Berne, Assemblée des délégués extraordinaire en ligne (12 avril 2021)

Suite à l'assemblée du 6 février, une Assemblée extraordinaire en ligne a été organisée le 12 avril 2021 à Berne. A l'ordre du jour deux sujets : la loi sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme et laisser la liberté de vote sur l'initiative « pour une eau potable propre ».

Décisions de l'Assemblée des délégués :

- Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme : **197 Oui** ; 52 Non ; 5 abstentions.
- Laisser la liberté de vote sur l'initiative « pour une eau potable propre » : 69 Oui ; **159 Non** ; 3 abstentions

[Revoir l'Assemblée](#)

2.1.3. Martigny, Assemblée des délégués (3 juillet 2021)

Près d'un an et demi après la dernière assemblée en présentiel, les délégués du PLR Suisse se sont retrouvés à Martigny pour prendre position sur les objets soumis à votation en septembre 2021. Lors de son discours, la présidente du parti, Petra Gössi, a souligné l'importance du PLR en tant que parti proche de la population et qui s'engage dans tous les domaines :

« Nous pouvons trouver des réponses aux questions politiques que si nous n'avons pas peur de confronter nos idées. En tant que PLR, plus que tout autre parti, nous avons dans notre héritage libéral le devoir d'utiliser ces confrontations d'idées pour convaincre de nouveaux électeurs.». L'Assemblée des délégués a également été l'occasion pour le parti de présenter ses [solutions libérales](#) en matière de [prévoyance vieillesse](#) et de [politique de santé](#).

Décisions de l'Assemblée des délégués :

- Mariage pour tous : **211 oui** ; 21 non ; 21 abstentions
- Initiative 99% : 2 oui ; **242 non** ; 6 abstentions.

[Revoir l'Assemblée](#)

2.1.4. Bienne, Assemblée des délégués (2 octobre 2021)

Les délégués ont largement répondu présents pour renouveler la présidence du parti. Ils ont ainsi élu le conseiller aux Etats argovien Thierry Burkart comme nouveau président du PLR Suisse. La conseillère aux États Johanna Gapany et le conseiller national Andri Silberschmidt viennent renforcer l'équipe des vice-présidents déjà composée du conseiller aux États Andrea Caroni et du conseiller national Philippe Nantermod. Des remerciements et de vifs applaudissements ont également été adressés à Petra Gössi pour son engagement sans faille au cours des cinq dernières années pour le parti et les valeurs libérales-radicales. Nos deux conseillers fédéraux étaient également présents à Bienne pour ce moment important de l'histoire du PLR. La veille de l'Assemblée, la CPP a décidé de soutenir la suppression du droit d'émission sur le capital propre (unanimité) et de refuser l'initiative « Oui à l'interdiction de l'expérimentation animale et humaine – Oui aux approches de recherche qui favorisent la sécurité et le progrès » (unanimité également)

Décisions de l'Assemblée des délégués :

- Initiative sur les soins infirmiers : 1 oui ; **315 non** ; 2 abstentions
- Initiative sur la justice : 6 oui ; **298 non** ; 2 abstentions
- Loi COVID-19 : **291 oui** ; 10 non ; 11 abstentions

[Revoir l'Assemblée](#)

3. Volksabstimmungen

Roberto Ramphos, Kampagnenleiter

3.1.1. Abstimmungen März

E-ID – Niederlage FDP

Abkommen Indonesien – Sieg FDP

Verhüllungsverbot – Niederlage FDP

Im März standen drei Abstimmungen an. Bei der E-ID lag der Lead bei furrerhugi. Die FDP engagierte sich vor allem mit digitalen Kampagnenprodukten. Der Fokus lag bei der FDP klar auf dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der Schweiz und Indonesien, wobei die FDP eine Führungsposition einnahm. Bei der dritten Vorlage, dem Verhüllungsverbot, hat die Kampagne auf Social Media Kacheln gesetzt.

3.1.2. Abstimmungen Juni

Trinkwasserinitiative – Sieg FDP

Pestizidinitiative – Sieg FDP

PMT – Sieg FDP

CO2-Gesetz – Niederlage FDP

Covid-Gesetz – Sieg FDP

Im Juni kam es zu einem «Superabstimmungssonntag» mit fünf Vorlagen. Die Trinkwasserinitiative und die Pestizidinitiative wurden von Kommunikationsplan sowie dem Bauernverband geführt. Beim ersten Referendum zum Covid-19-Gesetz setzte sich die FDP stark für die mediale Sichtbarkeit der Befürworter ein. Beim Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) engagierte sich die FDP an vorderster Front und trug ihren Beitrag zum Gewinn der Vorlage bei. Die CO2 Kampagne wurde sowohl vom WWF – mit dem Wegweiser – und AEE Suisse – mit ihrer Wirtschaftskampagne – geführt. Die FDP hat sich vor allem vermittelnd engagiert und versucht, alle Kräfte in die gleiche Richtung zu bündeln. Zudem wurde auf eine breite Testimonial-Kampagne gesetzt.

3.1.3. Abstimmungen September

99%-Initiative – Sieg FDP

Ehe für alle – Sieg FDP

Im September stand der Schweiz ein emotionaler Abstimmungsherbst bevor. Die 99 % *Initiative* der JUSO sowie die *Ehe für alle* kamen vors Volk. Dank dem starken Engagement der FDP wurde die 99% Initiative abgelehnt. Die FDP setzte sich im Rahmen überparteilicher Kampagnen stark ein. Die breite FDP-Wildplakate-Kampagne war in 20 Kantonen sichtbar. Über ein Mail an alle Ortsparteien wurde über die Kampagnen orientiert und zum Mitmachen aufgerufen. Ebenfalls zum Mitmachen aufgerufen wurde für eine Testimonial-Kampagne, bei welcher jedes Mitglied ein Statement abgeben konnte. Dieses Statement wurde sodann über Social Media Werbung weiterverbreitet. Zusätzlich wurden Standaktionen durchgeführt. Bei der Ehe für alle konnte die FDP dank eigenen Flyers und riesigen Eheringen als Schwimmhilfen an vielen Ufern der Schweiz gesehen werden. Mit der auffälligen Kampagne und Auftritten an den Pride-Umzügen verhalf die FDP der Kampagne zu viel Sichtbarkeit. Ebenfalls wurde anhand eigener Kacheln eine Social-Media Kampagne gestartet.

3.1.4. Abstimmungen November

Pflegeinitiative – Niederlage FDP

Justiz-Initiative – Sieg FDP

Covid-Gesetz – Sieg FDP

Zum Jahresabschluss hatte die Schweizer Stimmbevölkerung über drei Vorlagen zu befinden: die eidgenössischen Volksinitiativen: «Pflegeinitiative» und «Justiz-Initiative» und dem zweiten Covid-19 Referendum. Bei dem zweiten Covid-19 Referendum nahm die FDP eine führende koordinative Rolle ein und führte die überparteiliche Kampagne. Die Kampagne fand budgetbedingt nur in den sozialen Medien und nicht im gekauften Raum statt. Die FDP organisierte die Medienkonferenz, führte die Medienarbeit und sorgte für einige Kommunikationsmomente für die Kampagne. Die Bevölkerung bestätigte das Gesetz mit einem klaren Ja. Bei der «Pflegeinitiative» brachte sich die FDP in die überparteiliche Kampagne von H+ ein und engagierte sich vor allem durch textliche Massnahmen und Kacheln. Leider fehlte das Engagement aller anderen Partner und die Abstimmung ging klar verloren. Bei der «Justiz-Initiative» übernahm die FDP die Hauptkampagne und erstellte eine Webseite, organisierte die Medienkonferenz und koordinierte die Medienarbeit.

4. Kantonale Wahlen / Parteipräsidentenkonferenzen / Sekretärenkonferenzen

Sven Marti, Wahlkampf- und Netzwerkleiter

4.1. Kantonale Wahlen

En 2021, des élections cantonales ont eu lieu dans quatre cantons : Fribourg, Neuchâtel, Soleure et Valais. Les résultats peuvent être globalement qualifiés de satisfaisants. A Fribourg, le PLR gagne deux sièges au Grand Conseil et maintien ses deux sièges au Conseil d'Etat. A Neuchâtel, le PLR dispose désormais de 32 sièges contre 43 auparavant. Cette perte est principalement due à la diminution du nombre total de sièges au Grand Conseil neuchâtelois en raison d'une modification du système électoral. Quoiqu'il en soit, si le PLR Neuchâtel accuse une perte en termes de pourcentage, il a réussi à renverser la majorité au Conseil d'Etat grâce au troisième siège remporté sur les cinq que compte ce dernier. A Soleure, malgré la perte de 4 sièges au législatif, le PLR gagne un 2e siège à l'exécutif. En Valais, le PLR maintien son siège au Conseil d'Etat et remporte un siège supplémentaire au Grand Conseil.

Au niveau cantonal, le PLR, avec le LDP, disposait au terme de l'année 2021 de 538 sièges dans les parlements cantonaux, ainsi que de 39 sièges au sein des exécutifs. Globalement, il reste ainsi le parti le plus représenté au sein des organes politiques cantonaux.

Mis en perspective avec les résultats de l'année précédente, les performances du PLR en 2021 se veulent rassurantes en vue des élections fédérales de 2023. Nous pouvons et voulons toujours gagner. La clé du succès restera la capacité à convaincre et à mobiliser tout notre potentiel dans les cantons en allant sur le terrain.

4.2. Parteipräsidentenkonferenzen

Im Berichtsjahr hat die Parteipräsidentenkonferenz (PPK) zehn Mal getagt. Die Hälfte der Sitzungen wurde ausserordentlich angesagt. Im Zentrum standen die Lancierung der Individualbesteuerungsinitiative der FDP Frauen, die organisatorische und strategische Ausrichtung für das Wahljahr 2023, der Nachfolgeprozess auf Parteipräsidentin Petra Gössi, die Wahlen des Wahlkampfkomitees und des Generalsekretärs sowie die Fassung von Abstimmungsparolen bzw. deren Empfehlung zuhanden der Delegiertenversammlung. Im Jahr 2021 wurden keine Positionspapiere beraten.

4.2.1. Individualbesteuerungsinitiative

Die FDP Frauen lancierten am 9. März 2021 die Unterschriftensammlung für ihre Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung. Die Unterstützung für dieses Vorhaben sowie die damit verbundenen Massnahmen wurden mehrmals an Sitzungen behandelt. Die PPK vom 2. Dezember 2021 hat ein auf die Kantone heruntergebrochenes Sammelziel verabschiedet.

4.2.2. Parolenfassungen

Die PPK hat verschiedene Abstimmungsparolen gefasst. Folgende Parolen wurden von der PPK beschlossen:

- Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
- Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben
- Nein zur Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot - Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»
- Nein zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»
- Nein zum Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien

Durch einen Antrag an der E-DV vom 6. Februar 2021 wurde verlangt, dass das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ebenfalls an einer Delegiertenversammlung behandelt wird. Die ausserordentliche e-DV vom 12. April 2021 folgte der PPK-Parole (197 Ja, 52 Nein, 5 Enthaltungen) (vgl. Kapitel 2).

4.2.3. Organisatorische und inhaltliche Ausrichtung

Die Einzelstrategie sowie der Schlussbericht über die Kampagnenfähigkeit hat inhaltliche und organisatorische Diskussionen in der PPK hinsichtlich der Ausrichtung der Partei für die Wahlen 2023 angestossen.

Die Einzelstrategie geht auf die Mitgliederkonsultation aus dem Jahr 2020 zurück. Sie zeigt auf, wie eine liberale und enkeltaugliche Politik in den Themenbereichen Lebensgrundlagen, Altersvorsorge und Gesundheit sowie Arbeitsplätze aussieht. Im Bereich Altersvorsorge und Gesundheit wurde an der Delegiertenversammlung vom Juli 2021 eine langfristige [Vision für gesicherte Sozialwerke](#) präsentiert. Die Vision wurde in einen ganzen Block zu dieser Thematik eingebettet und unter anderem mit der erfolgreichen Einreichung der Renteninitiative verknüpft.

Im Sommer wurde zusätzlich das weitere Verfahren nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes sowie nach dem Abbruch der Verhandlungen des Rahmenabkommens besprochen. Für ersteres gab es im Jahr 2021 mehrere kantonale Vorstösse im Gremium. Daraufhin wurde unter anderem entschieden, eine Arbeitsgruppe (Forum Futur) für eine liberale Umwelt- und Energiepolitik unter der Leitung von Ständerätin Johanna Gapany einzusetzen. Die Arbeitsgruppe ist breit zusammengestellt aus Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen föderalen Ebenen sowie aus unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der FDP. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, eine Vision zuhanden der verschiedenen Parteigremien zu formulieren und dabei auch Vorschläge zu machen, wie die Parteimitglieder in diesen Prozess miteingebunden werden können.

Am 20. Mai 2021 wurde ein Wahlkampfkomitee formiert und in der PPK gewählt. Das Komitee wurde von Ständerat Damian Müller als strategischer Wahlkampfleiter geführt. Müller kündigte jedoch im Herbst bereits seinen Rücktritt an, da er eine neue berufliche Herausforderung antrat. Am 3. November 2021 wurde Nationalrat und Vizeparteipräsident Philippe Nantermod zum neuen strategischen Wahlkampfleiter gewählt.

4.2.4. Weitere Geschäfte

Des Weiteren wurden Anfang 2021 die Mitglieder und Präsidien der Fachkommissionen der FDP Schweiz gewählt. Zusätzlich gab es im nationalen Vorstand einen Wechsel der kantonalen Vertretung, da Saskia Schenker ihr Amt als Parteipräsidentin der FDP Baselland im August niederlegte. Als Nachfolge wählte die PPK Stefan Nünlist, Parteipräsident Solothurn, als Vertretung der Deutschschweiz in den Vorstand.

Auch das Jahr 2021 war geprägt durch die Covid-19-Pandemie. So wurde der Umgang mit dem Virus auch in Form von regelmässigen Updates zu Aktivitäten der Partei in der PPK thematisiert.

4.3. Sekretärenkonferenzen

Im Jahr 2021 hat die Sekretärenkonferenz (SK) fünf Mal getagt. Im Zentrum standen dieses Jahr diverse Ansätze den Delegiertenverteilschlüssel neu zu organisieren, die operative Umsetzung der Unterschriftensammlung für die Renten- und Individualbesteuerungsinitiative, Konzepte zur Kampagnenplakatierung sowie Updates zu laufenden Kommunikationsprojekten (z.B. Blueprints) und zur Wahlkampforganisation 2023.

5. Digital und Multimedia

Kenny Käch, IT-Application Manager und Datenschutzbeauftragter

5.1.1. Neuer Bereich

Das Team Digital und Multimedia wurde im Sommer 2021 neu aufgestellt, um in Sachen digitale Weiterentwicklung und Multimediaproduktionen abteilungsübergreifend zu stärken. Der Bereich ist für die zukunftsorientierte Evaluierung, den Aufbau, die Verwaltung und Weiterentwicklung von CRM-Systemen sowie interne IT-Applikationen und Infrastrukturen verantwortlich. Zudem wurde neu ein Mediamatiker angestellt, welcher spezifisch für die Erstellung von Videos, Bildern, Web- und Druckpublikationen für verschiedene Zielmedien zuständig ist.

5.1.2. Projekte

Für einen langfristigen Erfolg der Partei ist der digitale Fortschritt sowie die Weiterentwicklung wichtig. Deshalb wurde die Konzeptionierung für den Video Styleguide gestartet und die Piktogramme modernisiert. Einen Schwerpunkt bildete zudem die Weiterentwicklung der CRM-Systeme und die internen IT-Applikationen sowie die Erneuerung der IT-Infrastruktur.

6. Das parlamentarische Jahr 2021

Michael Mandl, Fraktionssekretär

6.1. Frühlingssession - Session de printemps 01. März bis 19. März 2021

6.1.1. Ein Blick hinter die Kulissen

Was wurde die letzten Wochen nicht alles in den Medien geschrieben: von einer gehässigen Stimmung war die Rede; man wolle eine Turboöffnung oder Maulkörbe verteilen; das Parlament übe einen Corona-Aufstand usw. Wie so oft, lohnt es sich die Schlagzeilen zu ignorieren und sich die Mühe zu machen, auch mal in die Details einer parlamentarischen Kompromissfindung einzutauchen. Leider haben dafür die Wenigsten Zeit und Musse. Leider geht aber so in der allgemeinen Debatte oft unter, wie solche Entscheide eigentlich zustande kommen. Dieser Text soll ein Versuch sein, einen Blick hinter die Kulissen des viel diskutierten Covid-19-Gesetzes zu werfen.

Ein kurzer Rückblick: Das Covid-19-Gesetz wurde im September 2020 verabschiedet und diente der Überführung der verschiedenen Corona-Massnahmen in das ordentliche Gesetzesverfahren (gegen das bereits erfolgreich das Referendum ergriffen wurde). Bereits in der nächsten Session musste das Gesetz erneut deutlich überarbeitet werden und nun wurde in der Frühlingssession erneut eine umfassende Anpassung durchgeführt. Sich bereits da einen Überblick zu verschaffen, ist gar nicht so einfach. Es wird aber umso schwieriger, wenn der Bundesrat knapp eine Woche vor Sessionsbeginn erst die eigentliche Gesetzesvorlage an das Parlament überweist. Folglich mussten die beiden vorberatenden Kommissionen innerhalb kürzester Zeit Sitzungen einplanen. Dass die Beratung parallel stattfinden mussten und dabei die fast 100 Anträge der verschiedenen Ratsmitglieder teilweise erst am Tag der Kommissionssitzung bekannt wurden, hilft auch nicht für eine saubere Gesetzesberatung.

Wenn dann während einer dreiwöchigen Session eine komplette Gesetzesberatung durchgeführt werden muss, heisst das runterdekliniert: Innerhalb von drei Woche drei Beratungen plus Einigungskonferenz jeweils im NR und im SR, wobei zwischen den Beratungen im NR und SR jeweils noch die Kommissionen vorberaten müssen. In der Realität bedeutet das, dass am Mittwochmorgen der SR berät, am gleichen Abend die WAK-N in Kenntnisnahme der Beschlüsse des SR bis ca. Mitternacht tagt und dann am Donnerstagvormittag der gleichen Woche die Beratung im NR beginnt. In einem solchen Schnellverfahren kann selbstverständlich auch keine Vorbereitung in den Fraktionen mehr stattfinden. Wenn knapp die Kommissionsmitglieder noch einen Überblick haben, ist eine geordnete Beschlussfassung in einer solche Ausgangslage für die restlichen Ratsmitglieder fast unmöglich.

Eine solche chaotische Beschlussfassung ist keine Entschuldigung für allenfalls fragwürdige Beschlussfassungen. Sie sollten aber zumindest in Betracht gezogen werden, wenn in den Medien so berichtet wird, wie das in diesem Fall gemacht wurde. Zumindest sollte der Anspruch vorhanden sein, dass dem Leser klar gemacht wird, dass eine solche Gesetzgebung erst mit Abschluss der Kompromissuche durch das Differenzbereinigungsverfahren Wirkung erzielt. Und was am Ende der Beratung beim Covid-19-Gesetz rausgekommen ist, kann sich in Anbetracht dieser Umstände sehen lassen.

6.1.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

[21.3129 Mo. Fraktion RL \(Sprecher NR Dobler\). Vertrauenswürdige, staatliche E-ID](#)

Text

Der Bundesrat wird damit beauftragt, ein staatliches elektronisches Identifikationsmittel zum Nachweis der eigenen Identität (Authentifizierung) in der virtuellen Welt, vergleichbar mit Identitätskarte oder Pass in der physischen Welt, zu schaffen. Dabei sollen insbesondere die Grundsätze "privacy by design", Datensparsamkeit und dezentrale Datenspeicherung (wie Speicherung der Ausweisdaten bei den Benutzerinnen und Benutzer) eingehalten werden. Diese E-ID darf auf privatwirtschaftlich entwickelten Produkten und Diensten beruhen. Der Ausstellungsprozess und den Gesamtbetrieb der Lösung muss aber durch staatliche, spezialisierte Behörden in der Verantwortung erfolgen.

Begründung

Die Ablehnung des Bundesgesetzes über die elektronischen Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) in der Volksabstimmung vom 7. März 2021 zeigte deutlich auf, dass eine Mehrheit der Stimmenden sich zwar eine E-ID wünscht, eine solche elektronische Identität zur Authentifizierung in der virtuellen Welt allerdings von der öffentlichen Hand ausgestellt und betrieben werden muss und dies nicht privaten Unternehmen überlassen werden darf. Die Herausgabe und der Betrieb einer elektronischen Identität ist eine öffentliche Aufgabe, für die der Staat zuständig sein muss. Dem Staat wird hier am meisten Vertrauen entgegengebracht. Denn damit eine elektronische Identifizierung funktioniert und bei den Benutzerinnen und Benutzer auf Akzeptanz stösst, muss Vertrauen vorhanden und die Handhabung möglichst einfach und praktikabel sein. Eine staatliche E-ID ist ein digitaler Identitätsausweis und ermöglicht eine elektronische Identifizierung im Behördenkontakt und im Wirtschaftsverkehr (Onboarding, 2FA, Signierung), als Ergänzung zu privatwirtschaftlichen Logins (auch Single Sign-on), mit ausreichendem Datenschutz und Datensicherheit, die das Vertrauen der Benutzerinnen und Benutzern genießt und somit in der Bevölkerung akzeptiert wird.

21.3205 Po. Fraktion RL (Sprecherin NR Riniker). Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutzes (BSTB) im Rahmen der Covid-19 Pandemie

Text

Der Bundesrat wird aufgefordert, seine Beurteilung zum Erfolg der gewählten Krisenorganisation bei der Bewältigung der Corona Pandemie darzulegen. Insbesondere sollte die Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutz (BSTB) beleuchtet werden. Konnte der BSTB seine ihm zugewiesenen Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen, verfügte er über die notwendigen Kompetenzen und welche Massnahmen müssen im Hinblick auf eine neue Krise zwingend getroffen werden, damit der BSTB zielgerichteter eingesetzt werden kann, einerseits zum Schutz der Bevölkerung und andererseits zur Unterstützung der anderen Bundesämter

Begründung

Gestützt auf das Epidemienengesetz (EpG), Art. 55 verfügt der Bundesrat über ein Einsatzorgan für Ereignisse, die eine besondere Gefährdung der öffentlichen Gesundheit hervorrufen können. Dieses Einsatzorgan berät den Bundesrat.

Auf diesen Gesetzesartikel stützt sich die Verordnung über den Bundesstab Bevölkerungsschutz (VBSTB). Der BSTB kommt zum Einsatz, wenn ein Ereignis mit Zuständigkeit des Bundes vorliegt (VBSTB, Art. 4). Liest man einerseits in der VBSTB, Art. 4, Abs. 2 die Aufgaben, die der BSTB wahrnehmen muss, so sind diese teilweise deckungsgleich mit den Aufgaben, die der Ad-hoc-Krisenstab des Bundesrates wahrnehmen muss (Weisungen über das Krisenmanagement in der Bundesverwaltung, Art. 4.2).

Der BSTB führt die Fach- und Teillagen zu einer Gesamtlage zusammen und beurteilt diese. Er erarbeitet auch Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Bundesrates, des zuständigen Departements oder Bundesamts. Der Ad-hoc-Krisenstab nimmt ebenfalls eine Lageverfolgung, Lagebeurteilung und Orientierung zuhanden des Bundesrates vor und bereitet Handlungsoptionen und Entscheidungsgrundlagen für den Bundesrat vor.

Dass hier innerhalb der diversen Stäbe Überschneidungen, allenfalls auch Doppelspurigkeiten vorliegen, ist offensichtlich. Die Bundeskanzlei empfiehlt in ihrem Bericht zur Auswertung des Krisenmanagements in der Covid-19-Pandemie (1. Phase / Februar bis August 2020) in der Empfehlung 2 ebenfalls, die Zusammensetzung des BSTB, des Ad-hoc-Krisenstabes des Bundesrates und der eingesetzten departementalen Krisenstäbe zu prüfen. Das Ziel des Postulats ist, dass der BSTB gestärkt wird. Es soll dargelegt werden, ob die aktuelle Konzeption des BSTB richtig ist, damit er im Ereignisfall einen echten Mehrwert erbringen kann. Ebenfalls soll mit Blick auf die verschiedenen möglichen und schon eingetroffenen Gefährdungsszenarien dargelegt werden, über welche Mittel, Arbeitstechniken und Kompetenzen der BSTB verfügen muss, damit er - falls gewünscht - beim Eintreten eines Ereignisses schnellstmöglich eine Führungsverantwortung wahrnehmen kann. Sicher sollte auch ein permanentes Element für die Lageverfolgung und das Ressourcenmanagement bereitgestellt werden. Des Weiteren soll die organisatorische Ansiedlung des BSTB und seine Rolle als Bindeglied zwischen operativer und strategischer Stufe überprüft werden.

21.3204 Ip. Fraktion RL. 5G-Antennen (Sprecher NR Fluri): Rechtsverweigerung bei der Bearbeitung von Baugesuchen?

Text

Im Februar 2019 sind die Frequenzen für den Mobilfunkstandard 5G versteigert worden. Diese Pionierleistung der Schweiz in Europa wurde damals als grosser Erfolg bewertet. Heute, mehr als zwei Jahre später, ist die Bilanz aber bestürzend. Wir sind noch weit davon entfernt, schweizweit über ein leistungsfähiges 5G-Netzwerk zu verfügen. Laut Medienberichten lässt sich dieser Missstand zumindest teilweise durch ungerechtfertigt lange Behandlungen von Baugesuchen durch gewisse Kantone, bzw. Gemeinden erklären.

Offenbar haben einige dieser Körperschaften entschieden, keine Baubewilligungen für 5G-Antennen zu erteilen. Ein Grossteil der Gesuche wurde somit gar nicht bearbeitet. Ich bitte den Bundesrat um Antworten auf folgende Fragen:

1. Hat der Bundesrat von der bewusst passiven und verzögernden Haltung gewisser kommunaler und kantonaler Baubehörden Kenntnis?
2. Was hat er bis jetzt unternommen, um diese Missstände zu korrigieren, und wie will er in den nächsten Monaten sicherstellen, dass wieder Rechtssicherheit herrscht?
3. Der Schutz der Bevölkerung vor Mobilfunkstrahlung ist Sache des Bundes. Sind die Moratorien einiger Kantone deshalb rechtswidrig? Was hält der Bundesrat von diesen Moratorien?
4. Was unternimmt der Bundesrat, damit die mit der Erteilung der Frequenzen verbundenen Rechte der Telekomfirmen eingehalten werden?
5. Nun, da die Vollzugshilfe für den Umgang mit adaptiven Antennen vorliegt, kann man davon ausgehen, dass die Schweiz beim Aufbau eines leistungsfähigen 5G-Netzes seine Rückstände aufholen wird?

6.2. Sondersession NR – Session [spéciale du Conseil national](#)

03. Mai bis 05. Mai 2021

6.2.1. Unsichere Zeiten für den bilateralen Königsweg

In den letzten Wochen wurde immer klarer, dass die finalen Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen mit der EU stark von den grossen Differenzen zwischen der EU und der Schweiz geprägt sind. Entsprechend hat sich die FDP-Liberale Fraktion in den vergangenen Tagen und Wochen proaktiv mit den möglichen Szenarien für das weitere Vorgehen auseinandergesetzt und einen [3-Säulen-Aktionsplan](#) entwickelt, sollte das InstA scheitern. Denn für die Schweiz ist und bleibt der bilaterale Weg der Königsweg.

Die aktuelle Situation führt leider unweigerlich zu einer Blockierung der Verhandlungen in vielen Dossiers, von denen alle Departemente betroffen sind. Damit kommt mittel- und langfristig nicht nur der Wirtschaftsstandort, sondern auch der gesamte Wohlstand der Schweizer Bevölkerung unter Druck. Aus diesem Grund hat die FDP-Liberale Fraktion in der abgelaufenen Sondersession eine Fraktionsinterpellation eingereicht (siehe Kapitel 4), die Antworten auf die zentralen Fragen zum Fortbestand und der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen geben soll. Denn aus Sicht der FDP ist klar: Alle Departemente sollten ein grosses Interesse an der Sicherung des bilateralen Weges haben. So muss darum z.B. das WBF aufzeigen, wie es gedenkt, die Schweizer Teilnahme an Horizon Europe und Erasmus plus zu ermöglichen, wenn die Verhandlungen zum InstA scheitern? Auch das EDI muss klarstellen, mit welchen Konsequenzen für das bereits ausgehandelte Gesundheitsabkommen zu rechnen wäre? Zu hoffen ist, dass wir mit dieser Interpellation nicht nur aufschlussreiche Antworten erhalten werden, sondern auch aufgezeigt werden kann, welchen Mehrwert die Bilateralen Beziehungen der Schweiz bringen.

6.2.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

21.3516 Ip. Fraktion RL (*Sprecher NR Walti*). Sicherung des bilateralen Weges: Interessen der Departemente?

Text

Die Verhandlungen zum Rahmenabkommen befinden sich in einer heiklen Phase. Die Differenzen zwischen der EU und der Schweiz bzgl. der offenen Punkte bleiben gewichtig. Bei einem allfälligen Verhandlungsabbruch drohen negative Konsequenzen, die alle Departemente betreffen. Entsprechend hat jedes Departement ein grosses Interesse an der Sicherung des bilateralen Weges. Der Bundesrat wird deshalb gebeten darzulegen, wie im Falle eines Scheiterns des Rahmenabkommens vorzugehen ist und namentlich die folgenden Fragen zu beantworten:

1. EDA: Wie plant der Bundesrat die bilaterale Beziehung zur EU weiterzuentwickeln, falls das Rahmenabkommen scheitert?
2. WBF: Wie gedenkt der Bundesrat die Schweizer Teilnahme an Horizon Europe und Erasmus plus zu ermöglichen? Wie will der Bundesrat die Nachteile bei einer Nicht-Assoziierung für den Schweizer Forschungs- & Bildungsstandort abfedern? Wie gedenkt der Bundesrat die jeweilig anstehende Aktualisierung des MRA für die betroffenen Branchen (Medizinaltechnik, Pharma, Maschinenbau etc.) zu bewirken?
3. EDI: Was wären die Konsequenzen für das bereits ausgehandelte Gesundheitsabkommen? Droht der konstante Ausschluss aus dem Frühwarn- und Reaktionssystem der EU (EWRS)? Was sind die Konsequenzen einer Nichtaktualisierung des MRA für die Pharmabranche?
4. EFD: Wie wäre der Finanzdienstleistungssektor langfristig betroffen? Welche alternativen Kooperationsmöglichkeiten mit der EU sind denkbar? Was sind die Aussichten, die Börsenäquivalenz wieder zu erlangen? Sind neben der bestehenden Gegenmassnahme weitere Massnahmen geplant?
5. UVEK: Die Stromversorgungssicherheit sowie die Stabilität des Stromnetzes kann im stark vernetzten europäischen Strommarkt von keinem Land allein gewährleistet werden. Wie kann diese in der Schweiz ohne ein Stromabkommen sichergestellt werden? Auch im Verkehr ist die enge Zusammenarbeit zentral. Welche Konsequenzen sind bzgl. des geplanten Beitritts in die EU-Eisenbahnagentur (ERA) zu erwarten?
6. EJPD: Befürchtet der Bundesrat eine Verweigerung der Datenschutzäquivalenz durch die EU und wie würde er darauf reagieren? Welche Pläne hat der Bundesrat, um administrative Mehrbelastungen und die höheren Sanktionsrisiken zu kompensieren? Inwiefern ist die Zusatzvereinbarung im Bereich Grenzmanagement und Visa (BMVI) gefährdet?
7. VBS: Mit welchen Auswirkungen wäre bei der Gewährleistung der Cybersicherheit zu rechnen?

6.3. Sommersession – Session d'été 31. Mai bis 18. Juni 2021

6.3.1. Eine Session im Schatten von...

Die abgelaufene Sommersession bat im Grundsatz viel inhaltliches Sprengpotenzial und war bei einigen wichtigen politischen Schwerpunkten wie der Altersvorsorge, Transparenz oder in der Medienpolitik wegweisend für kommende Debatten in Politik und Gesellschaft. Die Entscheide, wie z.B. zugunsten der Abschaffung der Emissionsabgabe, waren für die FDP-Liberale Fraktion grossmehrheitlich erfreulich und hätten uns auch genügend Profilierungspotenzial geboten. Der Konjunktiv in dieser Formulierung weist aber schon darauf hin, dass diese Session von ganz anderen Themen überschattet wurde.

Der erste Schock, der die mediale Berichterstattung deutlich mehr prägte als viele Geschäfte aus der Session, hatte seinen Ursprung bei der Volksabstimmung vom 13. Juni. Mit der knappen Ablehnung des CO₂-Gesetzes ging eine jahrelange Arbeit des Parlamentes sowie auch der FDP innerhalb weniger Momente zu Ende und hinterlässt eine grosse Lücke in der Klimapolitik der Schweiz. Umso wichtiger ist es, dass sowohl die FDP wie auch die restlichen Fraktionen sich möglichst rasch an eine Neuauflage einer Revision des CO₂-Gesetzes machen. Dafür braucht es aber vor allem von der zuständigen BR Sommaruga eine gründliche Analyse, was diese Ablehnung vor dem Volk für Ursachen hatte. Eine überhastete Neuauflage wäre gefährlich und könnte zu einem erneuten Scheitern führen. Damit jedoch keine Gesetzeslücke entsteht und wichtige Massnahmen aus der bestehenden Gesetzgebung weitergeführt werden können, wird die FDP bereits in der Woche nach der Session in der zuständigen Kommission die Grundlage für eine Übergangsgesetzgebung schaffen. Damit wird ein konstruktiver Beitrag geleistet, um vor allem für die direkt betroffenen Unternehmen Rechtssicherheit zu schaffen und die bestehenden Bemühungen der Schweizer Klimapolitik nicht zu gefährden.

Der zweite und noch viel grössere Donnerschlag kam nur einen Tag nach dem verhängnisvollen Abstimmungssonntag mit dem Rücktritt unserer Parteipräsidentin Petra Gössi. Die Fraktion wie auch die Partei hat diesen Entscheid mit grossem Bedauern zur Kenntnis genommen und dankt Petra Gössi für ihr unermüdliches Engagement während fünf intensiven Präsidentschaftsjahren, in denen sie die Partei vorausschauend und vermittelnd geführt hat. Die frühzeitige Bekanntgabe des Rücktritts per Ende 2021 lässt der Partei genügend Zeit, um die Nachfolgeregelung sorgfältig einzuleiten. Im Nachgang der Corona Pandemie gibt es aber grosse inhaltliche Herausforderungen wie die Europapolitik, die Altersvorsorge oder die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die für die Fraktion und die Partei in den kommenden Jahren, und vor allem bis zu den nächsten Wahlen 2023, entscheidend sein werden. Umso wichtiger ist es, dass rasch aus dem grossen Schatten solcher Entscheide hervorgetreten werden kann und die Themen wieder in den Vordergrund rücken.

6.3.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

[21.3675 Mo. Fraktion RL \(Sprecher NR Dobler\). Potenzial des Impfausweises auch nach der Pandemie ausnutzen](#)

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass die Infrastruktur, welche für das COVID-Zertifikat durch den Bund aufgebaut wird, auch nach der Pandemie für medizinische oder behördliche Zwecke benutzt werden kann. Diese Infrastruktur (App, Software), deren Nutzung heute de facto auf nur wenige Monate beschränkt ist, soll als Ersatzlösung der Online-Plattform [meineimpfungen.ch](#) dienen, welche gravierende Sicherheitsmängel aufgewiesen hat. Der künftige "Impfausweis" soll auf alle Impfungen erweitert werden und eine Digitalisierung der Impfdaten ermöglichen. Dieser elektronische Ausweis, dessen Nutzung selbstverständlich freiwillig bleibt und nicht im Alltag eingesetzt wird, würde einen Mehrwert für die Bevölkerung schaffen und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der Investition der öffentlichen Hand gewährleisten. Eine Kompatibilität dieses Ausweises mit dem elektronischen Patientendossier soll ebenfalls sichergestellt werden.

Begründung

Das neu erstellte COVID-Zertifikat ist wichtig. Es kann Impfungen, Tests und Genesungen dokumentieren, was eine raschere Rückkehr zur Normalität - insbesondere beim internationalen Reiseverkehr - ermöglicht. Die hohen Kosten sind unter diesen Umständen gerechtfertigt. Weil der Einsatz des COVID-Zertifikates zeitlich auf das Ende der Pandemie beschränkt ist, bringt diese Investition längerfristig kaum Mehrwert.

Ein Einsatz dieses neuen Instruments auch nach der Pandemie wäre willkommen. Es wird dann nicht mehr um die Aufhebung von Einschränkungen gehen, sondern darum, dass die Bevölkerung von den Vorteilen der neu aufgebauten Infrastruktur profitieren kann, das im medizinischen oder behördlichen Kontext verwendet werden kann, wie der bisherige Papierschein. Dies insbesondere, nachdem der Bund seine Unterstützung für die Plattform meineimpfungen.ch (jährlich 250 000 Franken) zurückgezogen hat.

Damit sein Potenzial voll ausgeschöpft werden kann, soll der Impfausweis künftig auf alle Impfungen erweitert werden. Ein QR-Code könnte für alle Impfungen erstellt werden. Dies ist eine Chance für die Bürgerinnen und Bürger, endlich über ein digitales Instrument für die Registrierung ihrer Impfungen zu verfügen, womit sie mittlerweile vertraut sein werden. Diese Chance sollte nicht ungenutzt bleiben. Ausserdem sollte dieser Impfausweis in das elektronische Patientendossier integriert werden können.

21.3674 Ip. Fraktion RL (Sprecher NR Walti). OECD Steuerharmonisierung: Offensive Strategie zur Sicherung von Standortattraktivität und Steuererträgen

Text

Im Hinblick auf eine sich abzeichnende globale Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen (15%) im Rahmen der OECD bitten wir den Bundesrat um eine Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Mit welchen Zielen und auf welcher Grundlage hat sich die Eidgenossenschaft bisher in die im Rahmen der OECD laufenden Diskussionen über die Einführung einer solchen Mindestbesteuerung eingebracht?
2. Ist der Bundesrat bereit, im Hinblick auf die verbindliche Festlegung entsprechender Regeln auf deren konkrete Ausgestaltung im Interesse des Standortes Schweiz Einfluss zu nehmen?
3. In welchen Bereichen resp. mit welchen Instrumenten sieht der Bundesrat Möglichkeiten, die Attraktivität des Steuerstandortes Schweiz trotz Harmonisierung durch die OECD zu erhalten und Mehrbelastungen der Unternehmen bei der Gewinnsteuer finanziell auszugleichen?
4. Wie kann nach Meinung des Bundesrates die hohe Wertschöpfung der Unternehmen in der Schweiz, und damit eine grosse Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen insbesondere in Forschung, Entwicklung, Innovation und zentralen Unternehmensfunktionen, erhalten werden?
5. Beabsichtigt der Bundesrat, die Kantone und die besonders betroffenen Wirtschaftssektoren frühzeitig in die Planung von Umsetzungsmöglichkeiten mit einzubeziehen?

Begründung

Die Schweizer Wirtschaft ist im internationalen Vergleich ausserordentlich stark mit dem Ausland verflochten, und der Anteil global tätiger Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 750 Millionen EUR ist ausserordentlich hoch. Gleiches gilt für den Beitrag, den diese Unternehmen bisher an die Unternehmenssteuererträge leisten (etwa 3% der juristischen Personen zahlen etwa 90% der Bundessteuer von etwa 12 Mia. Franken jährlich). Für die nachhaltige Finanzierung erstklassiger staatlicher Leistungen ist es entscheidend, dieses Steuersubstrat in der Schweiz zu halten und zu entwickeln. Dies wird nur mit einer geeigneten und rechtzeitig festgelegten Steuerstrategie erreicht, und nicht mit einer reaktiven Vorgehensweise zur Vermeidung drohender Nachteile für die betroffenen Unternehmen im letztmöglichen Zeitpunkt.

21.3739 Mo. Fraktion RL (Sprecher NR Fluri). Fortführung der Modernisierung der Post

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, das Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit der Post in ihrer Strategie für die Jahre 2025-2028 zu verankern. Der Weg, den die Post mit ihrer Strategie "Post von morgen" (2021-2024) eingeschlagen hat, soll weitergeführt werden. Die Post soll auch in Zukunft die Grundversorgung aus eigener Kraft finanzieren können. Die Frage der Aufhebung des Kredit- und Hypothekerverbotes der PostFinance und einer möglichen Privatisierung soll nicht Teil dieses Auftrages sein und separat abgehandelt werden.

Begründung

Das Umfeld der Post hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten stark verändert. Die Briefmengen und Schaltermgeschäfte brechen ein, und ein Ende dieser Tendenz ist nicht abzusehen. Der Paketmarkt kennt zwar ein starkes Wachstum. Da die Post aber in diesem Bereich keine Monopolstellung hat, sind die Margen entsprechend klein. Diese Entwicklung hat klare Auswirkungen auf den Gewinn der Post (178 Millionen im J. 2020, 255 im J. 2019).

Die Bemühungen der Postleitung, auch in Zukunft ein auf dem Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit beruhender Service Public anzubieten, sind begrüssenswert und zu unterstützen. Die Modernisierungsschritte der letzten Jahre müssen fortgeführt werden. Die Strategie der Post für die Jahre 2021-2024 ("Post von morgen") geht in die richtige Richtung. Sie sieht eine Stärkung der finanziellen Autonomie der Post, u.a. dank einer engeren - aber nichtdiskriminierenden - Zusammenarbeit mit privaten Akteuren, vor.

In seinem Bericht zur Erfüllung des Postulats 19.3532 legt der Bundesrat mehrere Optionen vor, wie die Grundversorgung der Post an die neuen Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft angepasst werden könnte, ohne das Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit zu verwerfen: Technologieneutrale Vorgaben, Anpassung der Grundversorgung im Zahlungsverkehr, Berücksichtigung der neuen Mobilitätsentwicklungen der Bevölkerung, Frequenz der Brief-Verteilung, usw. All diese Optionen, welche zur Stabilisierung der finanziellen Lage der Post beitragen könnten, sollen geprüft werden. Wichtig ist, dass die Post mehr Spielraum erhält, um ihre Dienstleistungen modernisieren zu können, ohne dabei Qualitätseinbussen für die Bürgerinnen und Bürger zu verursachen.

Die Diskussionen um die Aufhebung des Kredit- und Hypothekerverbots der PostFinance und ihrer Privatisierung sind weiter fortgeschritten und sollen separat durchgeführt werden.

6.4. Herbstsession – Session d'automne 13. September bis 01. Oktober 2021

6.4.1. Schritt für Schritt zurück zu alter Stärke

Man muss wohl auf einige Session zurückblicken, um eine ähnliche Dichte an wirtschaftspolitischen Erfolgen der FDP in einer einzigen Session zu finden. Dabei stand ein Bündel von Vorlagen im Zentrum, die als umfassendes Entlastungspaket für den Wirtschaftsstandort Schweiz subsumiert werden können. Diese mehrheitlich auf die FDP zurückgehenden Vorlagen haben eines gemeinsam: Sie sollen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz erhebliche Erleichterungen bringen und Investitionen auslösen, Arbeitsplätze schaffen sowie den Wohlstand sichern. Nach Jahren der steigenden Bürokratie, Regulierungsflut und einem zusätzlichen Schock durch die Corona-Krise sind die gefällten Entscheide dieser Herbstsession wichtige Schritte zurück zu alter Stärke.

Ein enormer Erfolg ist die Abschaffung der Industriezölle, womit ein jahrelanges Anliegen der FDP erfüllt wird. Trotz bis kurz vor der Schlussabstimmung unklarem Ergebnis konnte sich in beiden Räten eine bürgerliche Mehrheit durchsetzen und die Einfuhrzölle endlich abschaffen. Damit wird einer der primären Ursachen der Hochpreisinsel Schweiz endlich beseitigt und Unternehmen sowie Konsumenten entlastet. Einen weiteren wichtigen Sieg konnte die FDP-Liberale Fraktion im Nationalrat bei der Reform der Verrechnungssteuer feiern. Auch hier sollen Unternehmen entlastet werden, indem die Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen und der Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen abgeschafft werden. Auch mit dieser Reform wird der Standort Schweiz an Attraktivität gewinnen und damit nachhaltig Wachstum ermöglichen. Mit dieser Anpassung der Verrechnungssteuer wird zudem auch eine wichtige Forderung der Stempelsteuer-Vorlage aufgenommen, bei der wir bereits in der letzten Session einen grossen Erfolg feiern konnten.

Aber nicht nur die Abgabelast wurde in dieser Session erfolgreich reduziert, sondern auch bei den sonstigen Rahmenbedingungen zugunsten eines faireren Wettbewerbs gibt es Lichtblicke. So konnte nach Jahren des Stillstandes endlich eine Motion der FDP angenommen werden, die den Wettbewerbsverzerrungen durch staatsnahe Unternehmen ein Ende setzen will. Auch wenn diese Motion auch noch durch den Zweitrat angenommen werden muss, ist das als Erfolg zu verbuchen; sind doch vergleichbare Vorhaben in der Vergangenheit immer gescheitert. Speziell die zunehmende Expansionsstrategie der Post oder von Energieversorger sorgt immer mehr für Konflikte mit der Privatwirtschaft und muss zwingend von der Politik angegangen werden.

Gerade in der Corona-Krise haben diese wirtschaftspolitischen Reformen an Dringlichkeit dazugewonnen und Mehrheiten gefunden, die so in der Vergangenheit nicht möglich gewesen wären. Die gerne häufig zitierte Aussage «Jede Krise ist auch eine Chance» hat sich zumindest diese Mal im Sinne der FDP bestätigt. Damit die wirtschaftlichen Perspektiven unserer Bevölkerung und Wirtschaft weiter verbessern, bleibt die FDP aber selbstverständlich am Ball und wird sich nun nicht auf die faule Haut legen

6.4.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

21.4001 D.Ip. Fraktion RL (*Sprecher NR Fluri*). **Krise in Afghanistan: Was unternimmt die Schweiz?**

Text

Angesichts der schweren Krise in Afghanistan sieht sich die Schweiz in der Pflicht, im Sinne ihrer humanitären Tradition, vor Ort Hilfe zu leisten. Dies, um die Not der Bevölkerung zu lindern, aber auch, um die Nachbarstaaten in der Bewältigung der ausgelösten Migrationsbewegungen zu unterstützen und damit erneute Flüchtlingsströme nach Europa zu verhindern. Dementsprechend wird der Bundesrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie organisieren sich die Schweiz und die internationale Staatengemeinschaft, um Hilfe vor Ort zu leisten (und somit Flüchtlingsströme zu verhindern)?
2. Afghanistan rangiert weit unten auf dem Korruptionsindex: Wie stellt die Schweiz sicher, dass die Hilfe wirklich dort ankommt, wo sie gebraucht wird?
3. Was wird unternommen, um die vulnerabelsten Gruppen - Frauen und Kinder - vor Ort zu unterstützen und ihnen Perspektiven zu geben?
4. Wie ordnet der Bundesrat die jüngsten Entwicklungen im Kontext der globalen Migrationsentwicklung ein?
5. Wie viele Menschen aus Afghanistan erhalten bereits heute Schutz in der Schweiz, und wie hoch ist das Engagement der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern?
6. Wie stellt sich der Bundesrat zu einer europäisch koordinierten Resettlement-Aktion? Welches wären für den Bundesrat die Voraussetzungen einer Schweizer Teilnahme? Für welche Personengruppe käme ein solches Programm am ehesten in Frage? Sind europäische Projekte für den Bundesrat prioritär zu berücksichtigen?
7. Ist der Bundesrat auch der Ansicht, dass die Sicherheitsüberprüfung von aufzunehmenden afghanischen Personen, von der Schweiz durchgeführt werden muss?
8. Ist mit einer neuen Migrationskrise zu rechnen? Wie wäre die Schweiz darauf vorbereitet? Wie ist aktuell die Auslastung der Bundesasylzentren zu beurteilen? Wie sieht die Situation in den Kantonen aus?
9. Inwiefern ist die aktuelle Situation mit der Syrienkrise von 2015 vergleichbar? Mit wie vielen Gesuchen wäre zu rechnen, sollte der Familiennachzug aus Afghanistan analog dem Vorgehen in der Syrienkrise vereinfacht werden?
10. Was passiert mit den Afghanen mit Wegweisungsbeschluss, die sich noch in der Schweiz befinden?

21.4071 Mo. Fraktion RL (*Sprecher NR Cattaneo*). **Fachwissen anzapfen, für die Armee der Zukunft!**

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die Grundlagen zu erarbeiten, damit die Anrechenbarkeit von Master- oder Doktorarbeiten von Angehörigen der Armee ermöglicht wird. Wie im Bericht zum Postulat Dobler (17.3106) "Armee 2.0. Die Schweiz muss das Technologie-Know-how fördern und sichern" erfasst, besteht hier das Potential Fachwissen zugunsten der Armee einzusetzen.

Begründung

Die Welt verändert sich und wird immer komplexer. Die klassischen Bedrohungen bleiben bestehen, jedoch kommen immer neue Herausforderungen hinzu. Insbesondere im Umgang mit dem technologischen Wandel bedarf die Armee immer mehr Fachwissen und Spezialisten. Dieser Trend wird laut aktuellem Sicherheitspolitischen Bericht weiter zunehmen, da neue Technologien immer schneller entwickelt und breiter eingesetzt werden. Umso wichtiger ist es, dass die Armee für diese neuen Herausforderungen gewappnet ist.

Die Schweiz verfügt mit ihren exzellenten Universitäten und Hochschulen bereits über einen breiten Wissenspool, den es zu nutzen gilt. Deshalb soll der Bundesrat dieses Wissen besser abholen und den Studierenden ermöglichen, ihre Master- oder Doktorarbeiten im Dienst und zugunsten der Armee zu verfassen. Dafür braucht es neben dem Willen der Angehörigen der Armee, sich für eine längere Zeitspanne zur Verfügung zu stellen, auch eine Grundlage, damit die Anrechenbarkeit solcher Arbeiten sichergestellt ist.

21.4122 Ip. Groupe RL (Sprecher NR Feller). **Besoin de transparence sur l'indemnisation de la caisse de chômage Unia par le SECO**

Texte

La caisse de chômage Unia est la plus grande en Suisse. Elle prend en charge près d'un quart de tous les chômeurs du pays. Elle verse chaque année plus d'un milliard de francs d'indemnités de chômage.

La Confédération, au travers du SECO, indemnise les caisses de chômage pour le travail d'exécution qu'elles accomplissent. En vertu de l'ordonnance y relative, l'indemnisation des frais d'administration des caisses de chômage comprend l'indemnisation des frais d'administration ordinaires, d'une part et, d'autre part, les contributions à l'investissement. L'indemnisation des frais d'administration ordinaires couvre notamment les frais de personnel, les frais de locaux, les frais de mobilier, les taxes et primes d'assurance, les frais de voyage ainsi que les frais de formation. Les contributions à l'investissement peuvent être versées par le SECO afin de couvrir des dépenses extraordinaires engagées par les caisses de chômage, par exemple pour l'achat d'équipements nécessaires à une gestion rationnelle. Il existe deux modèles de financement. La plupart des caisses de chômage facturent au SECO les coûts effectifs résultant de l'accomplissement de leurs tâches d'exécution. En revanche, la caisse de chômage Unia est une caisse forfaitaire, ce qui signifie que l'indemnisation est effectuée au travers des unités de prestations.

1. Quel est le montant de l'indemnisation des frais d'administration ordinaires versée par le SECO à la caisse de chômage Unia en 2020, 2019 et 2018 ?
2. Est-ce que la caisse de chômage Unia a encaissé au cours des trois dernières années des contributions à l'investissement ? Si oui, quels sont les montants concernés ?
3. Quelles mesures le SECO prend-il pour s'assurer que les indemnités versées à la caisse de chômage Unia ne soient affectées qu'aux activités propres de la caisse ? Est-ce que le SECO peut garantir que les indemnités qu'il verse ne contribuent ni à financer les activités générales du syndicat Unia ni à alimenter le fonds de grève (Streikkasse) ou la fortune qu'il détient ?
4. Sur un plan général, est-ce que l'indemnisation des frais d'administration ordinaires des caisses de chômage dépend du volume des indemnités de chômage qu'elles versent ?

21.4121 Ip. Fraktion RL (Sprecher NR Walti). **Mehr Transparenz bei GAV zugunsten der Arbeitnehmer**

Text

Die in einem allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) festgelegten Beiträge, zu deren Bezahlung häufig alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet sind, sind gemäss dem Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG) zweckgebunden. Diverse Weisungen limitieren deren Verwendungszwecke. Die Beiträge dürfen einzig dem GAV-Vollzug dienen oder für die Bereiche der Weiterbildung, des Gesundheitsschutzes oder der Arbeitssicherheit verwendet werden. Vor diesem Hintergrund sind die erst kürzlich publizierten Vermögenswerte der Unia umso überraschender. Aufgrund eines Urteils des Bundesgerichts wurde aus der offengelegten Buchhaltung nämlich bekannt, dass die Unia rund eine halbe Milliarde Franken Vermögen allein über Immobilien hält und ein steuerbares Eigenkapital von rund 327 Millionen Franken besitzt. Weitere Vermögenswerte, beispielsweise der Unia-Stiftung, wurden nicht offengelegt. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die Unia höchstwahrscheinlich zu den finanzkräftigsten politischen Organisationen der Schweiz zählt, und damit auch mächtiger als jegliche andere Partei, Wirtschaftsverbände und weitere Organisationen ist.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist es möglich, dass trotz der strikten regulatorischen Vorgaben Gewerkschaften ein solches Vermögen anhäufen?
2. Wie wurde bei den staatlich beeinflussten Zuwendungen sichergestellt, dass sie nicht der Vermögensbildung der Gewerkschaften dienen?
3. Wie nimmt der Bundesrat seine Kontrollpflicht wahr?
4. Sieht der Bundesrat gesetzgeberischen Handlungsbedarf, beispielsweise was die Transparenz der Gewerkschaften über ihr Vermögen betrifft?
5. Wäre es aufgrund des grossen Vermögens der Unia nicht angebracht, die häufig obligatorischen Beiträge der Arbeitnehmer an die Institutionen der GAV-Organen zu senken? Wie würde sich die Kaufkraft der betroffenen Arbeitnehmer verbessern?

21.4114 Po. Fraktion RL (Sprecher NR Silberschmidt). Freie Wahl der Pensionskasse: Machbarkeit und Vorteile?

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie eine freie Wahl der Pensionskasse eingeführt werden könnte. Folgende Punkte sollen u.a. vertieft evaluiert werden:

- Verschiedene Modelle: Vollständig freie Wahl oder beschränkte Anzahl von Optionen?
- Vorteile und Nachteile, insbesondere für Angestellte mit mehreren Jobs.
- Abklärung der Rolle des Arbeitgebers im neuen System und Wege, um einen allfälligen bürokratischen Mehraufwand zu verhindern.
- Möglicher Einbau von Mitentscheidungsmöglichkeiten der Versicherten.
- Einfluss auf den Pensionskassen-Markt.
- Erfahrungen im Ausland.
- Übergangsphase.

Begründung

Die Arbeitnehmenden sind in der 2. Säule zum Sparen gezwungen. Dieses Prinzip ist unbestritten. Die fehlende Möglichkeit für sie, in der 2. Säule wenigstens teilweise mitentscheiden zu können, ist aber weiterhin unbefriedigend.

Seit der letzten Stellungnahme des Bundesrats zu diesem Thema im Jahre 2006, hat sich das Arbeitsumfeld verändert. Der Anteil von Angestellten mit mehreren Jobs ist gestiegen, und das heutige System, das einzig auf lineare berufliche Karrieren ausgerichtet ist, ist nicht mehr geeignet. Angesichts des steigenden Gewichts von Sammelstiftungen hat sich die Einflussmöglichkeit der Versicherten mittlerweile noch zusätzlich verringert.

Eine freie Wahl der Pensionskasse würde die Position der Versicherten nachhaltig stärken. Dies führt auch dazu, dass sich die Versicherten mehr mit ihrer eigenen Altersvorsorge auseinandersetzen und ihr Wissen somit zunimmt. Die persönlichen Bedürfnisse könnten besser berücksichtigt werden: Anlagestrategie, finanzielle Stabilität der Kassen, Beachtung ethischer oder ökologischer Investitionsstandards. Die freie Wahl der Pensionskasse könnte zudem den Wettbewerb ankurbeln, wovon alle Versicherten profitieren würden.

Die Einführung der freien Wahl der Pensionskasse würde das heutige System grundsätzlich umstellen. Der Bundesrat soll deshalb einen umfassenden Bericht vorlegen, in dem die Machbarkeit und die Vor- und Nachteile dieser Umstellung sachlich analysiert werden.

6.5. Wintersession – Session d’hiver 29. November bis 17. Dezember 2021

6.5.1. Zahlreiche Erfolge trotz schwieriger Umstände

Schon zu Beginn der Wintersession war rasch klar, dass die erst kürzlich «zurückgewonnene» Freiheit im Bundeshaus dank der 3G-Regel inkl. des Covid-Zertifikates nur von kurzer Dauer sein wird.

Wie so oft in den letzten Jahren im Corona-Modus war die Freude nur von kurzer Dauer und das Plexiglas-Regime wurde wieder aufgezogen. Gleichzeitig hat sich bereits abgezeichnet, dass weitere Verschärfungen notwendig werden. Unter diesem Aspekt war es auch wenig überraschen, dass die Beratung der erneuten Revision des Covid-Gesetzes ganz und gar nicht im Sinne der FDP-Liberalen Fraktion herausgekommen ist. Anstatt einer raschen Abkehr von den Unterstützungsmassnahmen wurden diese sogar noch verlängert und gleichzeitig die Schnelltests für asymptomatische Personen wieder Gratis zugänglich gemacht. Erfreulich daran ist einzig, dass dies fast die einzige grössere Niederlage während der ganzen Wintersession war.

Trotz den schwierigen Umständen konnte die FDP-Fraktion nämlich wichtige Erfolge am Laufmeter feiern, die in diesem Sessionsbericht noch vertieft werden. Speziell in der Vorsorge wurden in dieser Session die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Weil der bürgerliche Block unter der Leitung der FDP gut funktioniert hat, konnte man in der ersten Säule endlich eine mehrheitsfähige Reform durchs Parlament verabschieden. Dass die Linken mehr oder wenig unabhängig vom Ergebnis und unter völliger Ignoranz der finanzpolitischen Realitäten in der Vorsorge das Referendum ankündigten, untermauert ihre ideologische Verblendung. Würden alle Regierungsparteien bei so zentralen Entscheiden für die ganze Schweiz so verantwortungslos handeln, wären wir wohl weiterhin ein primär landwirtschaftlich geprägtes Land ohne Innovation und Wohlstand. Zum guten Glück gibt es weiterhin konstruktive Kräfte, die sich unter anderem auch klar bei der Reform des BVG durchgesetzt haben. Nach der Erstberatung konnte so die Voraussetzung geschaffen werden, dass diese Reform zu einer echten Verbesserung der Vorsorgesituation in der zweiten Säule beiträgt.

Apropos Landwirtschaft: Auch im Bereich der Innovation konnte die FDP diese Session einen sehr wichtigen Erfolg feiern. So wurde nämlich bei der Verlängerung des Gentech-Moratoriums dank des Stichentscheides unseres Ratspräsidenten im Ständerat, SR Thomas Hefti, eine wichtige Ausnahmeklausel verabschiedet, die von der FDP eingebracht wurde. Damit wird die Tür zur Innovation in der Landwirtschaft geöffnet, die im Hinblick auf die Schaffung von resistenteren Sorten zentral ist und vor dem Hintergrund des Klimawandels ganz neue Optionen ermöglicht.

Und last but not least durfte die FDP in dieser Session auch personelle Erfolge verbuchen. So wurde einerseits unser Bundesrat Ignazio Cassis zum neuen Bundespräsidenten ab 2022 gewählt und andererseits darf die FDP im Ständerat den Sitz des Ratspräsidenten mit SR Thomas Hefti übernehmen. Die FDP nimmt damit nicht nur inhaltlich, sondern auch personell Verantwortung für die erfolgreiche und nachhaltige Zukunft der Schweiz.

7. Nahestehende Organisationen

7.1. FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Das 50-Jahr-Jubiläum der Einführung des Frauenstimmrechtes in der Schweiz war auch für die FDP.Die Liberalen Frauen ein Grund zum Feiern. 1971 wurden nämlich auch die ersten vier FDP-Frauen ins Schweizer Parlament gewählt – die Genferin Lise Girardin wurde gar die erste Schweizer Ständerätin. In den letzten 50 Jahren wurde in Sachen Gleichstellung viel erreicht. Und doch gibt es weiterhin einiges zu tun, beispielsweise im Steuersystem. Die FDP.Die Liberalen Frauen haben deshalb im März 2021 gemeinsam mit weiteren Partnerorganisationen die eidgenössische Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» lanciert.

7.1.1. Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen

Nachdem die FDP.Die Liberalen Frauen im Jahr 2020 ihre allererste digitale Generalversammlung durchführten, verunmöglichte die andauernde Pandemiesituation auch im Berichtsjahr eine physische Generalversammlung. Die Veranstaltung vom 7. Juni 2021 fand deshalb - unter reger Beteiligung von rund 50 Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten - erneut digital statt. Nachdem sowohl Florence Schürch als auch Carla Speziali ihre Rücktritte bekannt gegeben hatten, stand die Generalversammlung 2021 ganz im Zeichen der Neuwahlen zur Ergänzung der Geschäftsleitung. Die anwesenden Mitglieder wählten Nationalrätin Simone de Montmollin aus dem Kanton Genf, Landrätin Saskia Schenker aus dem Kanton Basel-Landschaft und Unternehmerin Maria Luisa Bernini Burkhard aus dem Kanton Tessin einstimmig in die Geschäftsleitung der FDP.Die Liberalen Frauen. Wir gratulieren den neu gewählten Mitgliedern herzlich zu ihrer Wahl und freuen uns auf eine angenehme Zusammenarbeit. Florence Schürch und Carla Speziali danken wir herzlich für ihr langjähriges Engagement zugunsten unserer Organisation und wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute.

7.1.2. Veranstaltungen 2021

Wie bereits im letzten Jahr führten die FDP.Die Liberalen Frauen auch 2021 einen Herbstanlass durch. Dieser führte uns am 13. November 2021 in die Westschweiz, nämlich nach Genf, wo wir von den Femmes PLR Genève herzlich empfangen wurden. Nach Führungen durch die Altstadt und das Musée Patek Philippe zelebrierten die rund 60 Anwesenden beim gemeinsamen Mittagessen den kollegialen Austausch, was nach bald zwei Jahren Pandemie sehr wertvoll war. Ebenfalls beehrte uns Regierungsrätin Nathalie Fontanet, die im Talk mit Nationalrätin Simone de Montmollin und Dr. Brigitte Bailer, Stiftungsratspräsidentin der BVG Sammelstiftung Swiss Life und Mitglied der FDP Frauen St. Gallen, über das 50-Jahr-Jubiläum des Frauenstimmrechtes und die gleichstellungspolitischen Problemfelder der nächsten Jahre diskutierte. Weiterhin digital fanden die GL- und PPK-Sitzungen statt, was auch in Zukunft weitergeführt werden soll. So wollen wir unsere Sitzungen effizienter gestalten und die Beteiligung von Vertreterinnen aus allen Landesteilen fördern.

7.1.3. Eidgenössische Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung»

Am 9. März 2021 ist der offizielle Startschuss für die 18-monatige Sammelphase der Individualbesteuerung gefallen. Mit der Initiative wollen die FDP.Die Liberalen Frauen endlich die steuerliche Ungleichbehandlung von Zweiverdiener-Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren beenden sowie die negativen Erwerbsanreize für Zweitverdienende ausmerzen. Ein Kernteam von FDP Frauen koordiniert die strategische Planung und Umsetzung der Initiative. Zusätzlich wird der eigens für die Initiative gegründeten Verein Individualbesteuerung Schweiz von Barbara Freiburghaus, Präsidentin der FDP Frauen Kanton Bern, präsiert. Die Unterschriftensammlung ist anfänglich sehr gut angelaufen und hat viel Medienaufmerksamkeit erhalten. Leider ist der Sammelfluss gegen Ende Jahr etwas ins Stocken geraten und wir müssen noch einmal einen grossen Effort leisten, um das Anliegen ins Ziel zu bringen. Dabei können wir auf die wertvolle Unterstützung der FDP.Die Liberalen zählen, deren Kantonalparteien sich dazu bereit erklärt haben, die Unterschriftensammlung tatkräftig zu unterstützen.

7.1.4. Neuigkeiten aus der Geschäftsstelle

Sarah Lenz, Mitarbeiterin Administration, hat die Geschäftsstelle per Ende Oktober 2021 verlassen, um sich auf ihr Studium zu konzentrieren. Wir danken Sarah für ihren Einsatz zugunsten der FDP.Die Liberalen Frauen und wünschen ihr alles Gute für ihre persönliche und berufliche Zukunft. Die administrativen Aufgaben werden neu von Ursina Flütsch, Projektleiterin Politik und Medien, sowie Lara Vincenz, Verantwortliche Social Media, übernommen, wofür ihre Pensen auf 50% beziehungsweise 30% aufgestockt wurden. Neben den alltäglichen Arbeiten der Geschäftsstelle koordinieren die beiden zusätzlich die Kampagne für die Individualbesteuerung und pflegen die Kontakte zu den Partnerorganisationen.

7.2. FDP.Die Liberalen Service Public

Daniel Seiler, Präsident FDP.Die Service Public Liberalen

7.2.1. **Veranstaltungen 2021**

Auch das Vereinsjahr 2021 stand unter dem grossen Einfluss der Corona-Pandemie. Deshalb haben wir uns umso mehr über den ersten physischen Anlass seit dem Besuch des Bundesverwaltungsgerichts am 20. Februar 2020 (nach 20 Monaten!) gefreut. Dieser fand am 19. Oktober 2021 in Bern mit Regierungsrat Philippe Müller, Vorsteher der Sicherheitsdirektion (SID) des Kantons Bern, statt. Regierungsrat Philippe Müller hat uns einen Einblick in seine spannenden und wichtigen Tätigkeiten in der SID gegeben. Anschliessend an die Fragerunde durften wir uns bei einem grosszügigen Apéro noch weiter austauschen.

Trotz der langen Zeit ohne physische Anlässe konnten wir uns treffen, und dies digital via Zoom an zwei spannenden Anlässen. Raphaël Karlen von digital liberal stellte und die Digitalisierungsmöglichkeiten im Gemeindewesen vor mit dem spannenden Ansatz «Digitalisieren oder Fusionieren». Am zweiten Anlass hat uns Gérald Vernez von digivolution einen spannenden Einblick in die «Cyber-Bio-Physikalische Konvergenz» gewährt. Beide digitalen Anlässe waren mit jeweils über 30 Personen gut besucht und führten zu einer angeregten und langen Diskussion nach den Präsentationen.

Die beliebten Netzwerk-Lunches in Bern konnten auch im 2021 weitergeführt werden, wenn auch mit Einschränkungen. Nachdem die Restaurants wieder öffnen durften, konnten insgesamt 9 Lunches durchgeführt werden. Auch in diesem Jahr waren wir mit der Teilnahme sehr zufrieden.

Wir haben uns gefreut, dass wir die Generalversammlung 2021 wieder vor Ort durchführen konnten, im Restaurant Schöngrün in Bern.

7.2.2. **Ausblick 2022**

Fürs Jahr 2022 sind vier gemeinsame Anlässe mit der Groupe Romand der FDP Stadt Bern geplant, welche insbesondere die französischsprachigen Mitglieder und Sympathisanten ansprechen soll. Zudem ist ein Besuch des Bundesstrafgerichts in Bellinzona angedacht und der allseits beliebte Boccia-Anlass im Sommer soll wieder belebt werden. Weitere Anlässe sind noch in Planung.

7.3. FDP International

Helen Freiermuth, Präsidentin FDP.Die Liberalen International

7.3.1. Veranstaltungen 2021

Auch 2021 haben alle Veranstaltungen der FDP International in digitaler Form stattgefunden. Die neu eingeführten Sessionsrückblicke sind auf gutes Echo gestossen und bieten nicht nur unseren Mitgliedern den direkten Kontakt mit Parlamentariern, sie sind ebenso wertvoll für die eingeladenen National- oder Ständeräte.

Johannes Matyassy, Direktor der Direktion für Konsularische Dienste, war der erste Gast in der neuen Reihe «FDP International im Gespräch», die wir dieses Jahr mit einer weiteren für Auslandschweizer wichtigen Persönlichkeit fortsetzen wollen.

Der Auslandschweizerkongress der ASO wurde erneut nicht durchgeführt. Die FDP International nutzte aber ein Angebot der ASO zu Bannerwerbung in der online-Ausgabe der Swiss Revue und einem Direktmailing an Registrierte bei «swisscommunity», einer Plattform für Auslandschweizer. Zum darin offerierten Info-Event haben sich überraschend viele angemeldet, und einige Teilnehmer entschieden sich nach der Veranstaltung zum Parteibeitritt.

7.3.2. Vorstand

An den monatlichen Vorstandssitzungen wurden die üblichen Themen besprochen und geregelt. Mutationen gab es keine – die Vorstandsmitglieder werden jeweils auf zwei Jahre gewählt – mit einer Ausnahme: Fanny Noghero als Generalsekretärin war ex-offizio Mitglied und wurde nach ihrem Weggang Ende Jahr durch Jon Fanzun ersetzt.

7.3.3. Auslandschweizer-Themen

Kernaufgaben der FDP International sind der Informationsaustausch mit liberalen Landsleuten im Ausland, ihre Einbindung in die politischen Entscheidungen und Prozesse in der Schweiz und das Engagement für die spezifischen Anliegen der Auslandschweizer. Seit Jahren stehen dabei die Themen E-Voting/E-Government, Zugang zu den Schweizer Banken und Verbesserungen bei den Sozialversicherungen im Vordergrund. Erfreulicherweise dürfen wir auf die Unterstützung von einer Reihe von Parlamentariern zählen, die auch 2021 im Sinn der Auslandschweizer Vorstösse im Parlament eingebracht haben. Wir werden auch weiterhin im politischen Prozess konsequent auf Auswirkungen für die Auslandschweizer aufmerksam zu machen.

7.3.4. Ausblick auf das nächste Jahr

Die FDP International wird die bewährten Veranstaltungen auch im nächsten Jahr wieder durchführen. Zudem planen wir ein Jubiläumsfest zum 30-jährigen Bestehen der Partei und freuen uns auf diese erste physische Veranstaltung. Zudem haben wir uns vorgenommen, die Vernetzung in allen Richtungen voranzutreiben. Unsere Mitglieder sollen eine Möglichkeit zum direkten Austausch erhalten, und die verschiedenen Gruppen wie unsere Delegierten, die lokalen Kontaktpersonen, die Mitglieder in Fachkommissionen, wollen wir stärker untereinander verbinden. An der GV im August wird der Vorstand wieder- oder neu-gewählt. Wir hoffen, einerseits die Konstanz zu halten, andererseits auch neue und jüngere Mitglieder für die Arbeit im Vorstand zu gewinnen.

7.3.5. Vertretung der FDP in internationalen Organisationen

Die FDP International nimmt nach wie vor das Mandat der FDP Schweiz wahr, die Kontakte zu den internationalen Organisationen wie ALDE und Liberals International zu pflegen, das wir vor einigen Jahren aufgrund personeller Konstellationen übernommen haben. Neu sind unsere Vizepräsidenten NR Damien Cottier und Marco Weber die zuständigen Ansprechpartner. Dieser Bereich ist wichtig, gehört jedoch nicht zu den Kernaufgaben der FDP International. Um der Pflege der internationalen Parteibeziehungen den gebührenden Stellenwert zu gewähren, wird die FDP International zusammen mit der FDP Schweiz nach einer möglichen neuen Organisationsform suchen.

Im vergangenen Jahr ist es gelungen, einen Delegationspool mit interessierten Mitgliedern aus den verschiedensten FDP-Sektionen zu bilden. Damit sollte gewährleistet sein, dass die FDP bei künftigen ALDE-Veranstaltungen die zugeteilten Delegiertenstimmen wahrnehmen kann.

8. Anhang – Annexe

8.1. Anhang A – Annexe A

Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2021

Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2021

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <http://www.fdp.ch/aktuell/vernehmlassungen/> <http://www.plr.ch/actualites/consultations/> abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, E-Mail: info@fdp.ch

8.2. Anhang B – Annexe B

Mitglieder per 31. Dezember 2021 – Membres le 31 décembre 2021

Präsident / Président:

- › Burkart Thierry SR (AG)

Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Caroni Andrea SR (AR)
- › Nantermod Philippe NR (VS)
- › Johanna Gapany SR (FR)
- › Andri Silberschmidt NR (ZH)

Vorstand / Comité:

- › Noghero Fanny Generalsekretärin
- › Walti Beat NR (ZH): ex-off Fraktionspräsident
- › Feller Olivier NR (VD): ex-off Vizepräsident der Fraktion
- › Wicki Hans SR (NW): ex-off Vizepräsident der Fraktion
- › Seiler Daniel ex-off Präsident FDP Service Public
- › Vincenz-Stauffacher Susanne NR (SG): ex-off Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen
- › Müller Matthias ex-off Präsident Jungfreisinnige
- › Reich Bertrand ex-off
- › Nünlist Stefan ex-off
- › Bauer Philippe SR (NE), Beisitzer
- › Farinelli Alex NR (TI), Beisitzer

8.3. Anhang C – Annexe C

Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2021 – Comité du Groupe le 31 décembre 2021

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsident / Président du Groupe

- › Walti Beat Nationalrat (ZH)

Vizepräsidenten / Vice-présidents

- › Feller Olivier Nationalrat (VD)
- › Wicki Hans Ständerat (NW)

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem

- › Burkart Thierry Ständerat (AG), Parteipräsident
- › Caroni Andrea Ständerat (AR), Vizepräsident Partei
- › Johanna Gapany Ständerätin (FR), Vizepräsidentin Partei

- | | | |
|-------------|---------------|--|
| › Nantermod | Philippe | Nationalrat (VS), Vizepräsident Partei |
| › Andri | Silberschmidt | Nationalrat (ZH), Vizepräsident Partei |

Gewählte Mitglieder / Membres élus

- | | | |
|----------------|----------|--|
| › Bauer | Philippe | Ständerat (NE), gewähltes Mitglied |
| › Bourgeois | Jacques | Nationalrat (FR), gewähltes Mitglied |
| › Borloz | Frédéric | Nationalrat (VD), gewähltes Mitglied |
| › Schneeberger | Daniela | Nationalrätin (BL), gewähltes Mitglied |
| › Cattaneo | Rocco | Nationalrat (TI), gewähltes Mitglied |

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux

- | | |
|-----------------|---------|
| › Cassis | Ignazio |
| › Keller-Sutter | Karin |

Partei ex.off / Parti ex.off

- | | | |
|-----------|---------|---|
| › Noghero | Fanny | Generalsekretärin (seit Juli. 2020) |
| › Mandl | Michael | Fraktionssekretär, Stv. Generalsekretär (Gewählt Nov. 2021) |
| › Bonvin | Arnaud | Kommunikationschef (seit Nov 2020) |

8.4. Anhang D – Annexe D

Kontakte – Contacts

(ab 1. Januar 2022 – le 1 janvier 2022)

Generalsekretär FDP.Die Liberalen / Secrétaire général PLR.Les Libéraux-Radicaux

Jon Fanzun

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

fanzun@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35

www.fdp.ch

Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen / Présidente Femmes PLR

Susanne Vincenz-Stauffacher

FDP Frauen

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

info@fdp-frauen.ch

www.fdp-frauen.ch

Präsident FDP Service Public / Président PLR Service Public

Daniel Seiler

FDP Service Public, 3000 Bern

vorstand@fdp-servicepublic.ch

www.fdp-servicepublic.ch

Präsidentin FDP.Die Liberalen International / Présidente PLR International

Helen Freiermuth

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

freiermuth@fdp-international.com